

Warum die Schweiz die Schweiz bleiben muss

Der Schweiz geht es so gut wie kaum einem anderen Land der Welt. Sie behauptet seit Jahrhunderten ihre äussere und innere Freiheit. Was macht die Schweiz besser als andere? Wodurch sind diese Erfolgssäulen heute gefährdet?

Von Gerd Habermann, Professor für Ökonomie und Philosophie, Potsdam

Der Befund ist eindeutig. Ob es nun um internationale Standort- und Freiheitsvergleiche geht, um die Zahl der Nobelpreisträger (bis heute 21 in Medizin, Chemie oder Physik) oder auch um die Qualität der Wissenschaftler, Erfinder, Unternehmer, Künstler und Dichter: Die Schweiz belegt seit Langem konstant die vorderen Plätze.

Das World Economic Forum hat die Schweiz 2013 zum vierten Mal in Folge zum wettbewerbsstärksten Land der Erde erklärt. In der Liste wirtschaftlicher Freiheit steht sie ebenfalls ganz vorn (Platz 4). Ganz oben steht sie in den Kategorien Innovationsfähigkeit und Arbeitseffizienz, nicht zuletzt wegen ihres relativ liberalen Arbeitsrechts.

Wenn auch die Schweiz ein Kleinstaat von unter 10 Millionen Einwohnern ist, gehört sie wirtschaftlich doch zu den Mittelmächten. Sie ist laut Avenir Suisse das am stärksten industrialisierte Land der Welt (vor Japan) und sie war in dieser Hinsicht schon um 1860 Spitzenreiter in Europa. Schliesslich: Sie ist eines der reichsten Länder der Erde.

Gründe für die Erfolgsgeschichte

Was sind die Gründe für diese wunderbare Bilanz? Gewiss, die Schweiz ist ein rohstoffarmes, zum grossen Teil auch für die Landwirtschaft unzugängliches Terrain. Eine natürliche Herausforderung für seine Bewohner! Aber das gewaltige Bergmassiv der Alpen hat auch Vorteile: Es ist seit jeher ein natürliches Hindernis für erobungslüsterne Angreifer. Namentlich die Herrschaft über die grossen Alpenpässe wie dem St. Gotthard, die Kontrolle der grossen nordsüdlichen Verkehrsströme gibt ihr eine besondere strategische Macht. Sie ist zudem glücklicherweise umgeben von aufeinander eifersüchtigen, konkurrierenden Grossstaaten. Die Schweiz ersparte mit ihrer trotzigen und selbstbewussten Unabhängigkeit diesen Mächten einen chronischen Krieg um die Alpenübergänge (Peter von Matt).

Politisches Selbstbewusstsein

Wegen ihrer relativen Kleinheit und extremen Untergliederung kann die «altfreie» Schweiz den komparativen Vorteil echter Demokratie, echter politischer Teilhabe, ja echter Volksherrschaft geniessen. Altbekannt ist das Diktum Jakob Burckhardts: «Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Erde sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsbürger Bürger in vollem Sinne sind.»

Die Schweiz hat nie eine staatsabsolutistische Epoche durchlaufen. Sie war niemals und ist bis heute kein «obrigkeitlich liberalisierter» Beamtenstaat nach Art Deutschlands oder Frankreichs, wie Fritz Fleiner oder Adolph Gasser so schön gezeigt haben. «Kasernenhofkultur» blieb ihr erspart. Es gibt in der Schweiz kaum Kasernen. Nirgends in der Welt haben Bürger so viel zu sagen wie hier – bis hin zur Volkswahl der Richter und zur Volksabstimmung über öffentliche Kreditaufnahme. Nur hier ist Demokratie kein leeres Wort, nur hier können die Milizbürger noch Aufgaben übernehmen, die in Grossstaaten Beamten und teuren Berufspolitikern überlassen werden. Republikanisch-genössische Bürgergleichheit gilt als Wert an sich. «Grösse» – ob in der Politik (das grosse Individuum) oder in der Wirtschaft (die grosse AG) – wird mit Argwohn betrachtet. Charismatische Führungspersönlichkeiten haben es hier nicht leicht.

Die intensive Partizipation und politische Mitverantwortlichkeit hat eine politische Schulung der Bürger ergeben, die das gewiss überspitzte Wort rechtfertigt: Ein Schweizer Milizbürger sei politisch besser informiert als der durchschnittliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Max Weber sprach einmal von der durch alte Tradition «sachlich denkenden und politisch geschulten Schweizer Bevölkerung».

Die Schweiz ist in der Tat mehr eine «Genossenschaft» als eine «Herrschaft», darum ja Eidgenossenschaft, eine stolze Selbstbezeichnung, die auch auf ihre revolutionäre Entstehung durch eine erfolgreiche Sezession hinweist.

Das Milizsystem ersetzt auf der einen Seite die Berufspolitikerkaste, auf der anderen, im militärischen Bereich, hat sie das Entstehen einer eigenmächtigen Offizierschicht verhindert. Die Schweiz war nie ein Beamten- und Parteienstaat nach deutschem Muster. Staatsverwaltung ist in der Schweiz zu einem grossen Teil Selbstverwaltung, oder besser: echte «Selbstregierung» geblieben – trotz der gegenwärtig über 30000 Bundesbeamten (mitsamt dem kleinen Bundesrat) und den professionellen Stadtpräsidenten in Bern, Zürich, Basel, Lausanne und Genf. Das Schweizer Nationalparlament kommt mit vier Sessionen im Jahr zu je drei Wochen aus.

Nichtzentrale Vielfalt

Ein weiterer Vorteil der Schweiz ist ihre weitgehende Dezentralisation, die man sogar als «Non-Zentralisation» (Robert Nef) bezeichnen kann, denn die Schweiz war – abgesehen von der Episode der Helvetik (1798–1803) – niemals zentralisiert. Sie kennt in ihrer Bundesverfassung weder eine Hauptstadt noch ein Staatsoberhaupt noch einen Regierungschef, keinen

deutschen Kanzler mit seiner Richtlinienkompetenz. Bern nennt sich bescheiden «Bundesstadt». Der Schweizer Bundespräsident ist nur ein repräsentativer primus inter pares in einem exekutiven Kollegialorgan.

In der Schweiz kann man Erfahrungen machen, wie der Wettbewerb zwischen politischen Einheiten um bestmögliche Bürgerbedienungen und um den angemessenen Steuersatz wirkt. Sowohl Kantone als auch Gemeinden haben «Biss», nämlich eine eigene Steuerhoheit. Der Bund kann nur über den kleineren Teil der Steuereinnahmen verfügen und hat nur ein prekäres Besteuerungsrecht (vgl. Alexander Fink). Hinzu kommen die weitgespannten Rechte der Kantone und der derzeit 2551 selbstregierenden Gemeinden, wegen deren starker Kompetenzen nicht einmal der Schweizer Binnenmarkt bisher vollständig verwirklicht werden konnte. Man ist zunächst Bürger eines Kantons – und nur im Ausland «Schweizer».

Die Verschiedenheit wird eben als Chance zum Eigenen und Besonderen – nicht als unerwünschte Disparität begriffen, der man nach EU-Manier mit «Harmonisierungen» beikommen muss. Die vertikale Teilung der Macht durch die Stärke kantonaler und kommunaler Selbstorganisation ergibt weit mehr Freiheitsspielräume und Wahlmöglichkeiten als die nur horizontale Gewaltenteilung in Grossstaaten oder gar Imperien (die erst noch weitgehend durch Parteienherrschaft und Bürokratie unterlaufen wird).

Subsidiaritäts-Prinzip

Aus der extremen Feingliederung der Schweiz ergibt sich auch eine Durchführung des Subsidiaritätsprinzips, wie sie in Europa einzigartig ist. Also die konsequente Anwendung der Grundsätze: Möglichst viel Kompetenz nach unten, lieber privat als öffentlich, lieber informell als formell. Oder mit Peter Blicke: die drei «S» der Schweiz: Selbstbestimmung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung.

Nirgendwo ist die Synthese von Identitätsgefühl und Weltbürgertum so gelungen wie in der Schweiz (man nehme die «Neue Zürcher Zeitung» als Beispiel!). Im Verhältnis zu ihrer Grösse ist die Schweiz wohl im europäischen Vergleich am stärksten durch wirtschaftlichen, finanziellen, kulturellen, wissenschaftlichen, juristischen und sportlichen Austausch nach aussen gewandt, aufs Engste verflochten mit Europa und der Welt (dafür sorgt allein schon ihre ethnisch-kulturelle Vielfalt, die nur durch einen gemeinsamen politischen Willen zusammengehalten wird).

Die Kleinheit der Entscheidungseinheiten erzeugt eine Intensität des politischen Lebens, eine Sachgemässheit der Entscheidungen – wenn auch gewiss nicht jeder Entscheidung. Man denke an die «wuchtige» Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes oder eines sechswöchigen gesetzlichen Mindesturlaubs durch das Schweizer Volk.

Bürgerinitiative statt Bürokratie

In der Schweiz sind Parteien, Bürokratie, Medien und Interessenverbände nicht mehr oder weniger unkontrollierte Herren, sondern letztlich lediglich Diener des politischen Willens der Bürger. Das bürokratische Zentralregime in Brüssel zeigt – nachlesbar in den Berichten des Europäischen Rechnungshofes –, welcher Preis zu zahlen ist, wenn nicht die unabhängige politische Kontrolle durch ein Milizsystem und durch die Überschaubarkeit der Verhältnisse gegeben ist: Es herrscht dann bürokratisch-technischer Professionalismus, kombiniert mit gut getarntem Lobbyismus und einer unfassbaren Verschwendung. Berufspolitiker und Beamte werden immer das verständliche Bedürfnis zeigen, ihr Beglückungssortiment, ihre zwangsfinanzierten Budgets und ihre Karrieremöglichkeiten auszuweiten.

Attraktive Festung für Freiheit und Eigentum

Seit Langem dient die Schweiz als sicherer Hafen für geistige Unabhängigkeit, als politischer und, wie allbekannt, ökonomischer Fels in der Brandung. So kann sie ständig ihr intellektuelles und monetäres Kapital durch Zuzug von aussen vermehren. Besonders in Krisenzeiten diente sie von Voltaire an bis zu den verfolgten Liberalen, Demokraten oder Sozialisten im 19. und 20. Jahrhundert als rettender Nothafen, all der Mazzini, Richard Wagner, Ludwig Bamberger und dann später der Ludwig Mises, Wilhelm Röpke oder Ota Sik. Wie der grosse Goethebiograph Nicholas Boyle berichtet, zog selbst der junge Goethe einmal in Erwägung, sein Domizil in der republikanisch-freiheitlichen Schweiz zu nehmen. Sie schützte sogar den konspirierenden Lenin in Zürich – Zeichen eines grosszügigen Asyl- und Ausländerrechts, das keine parteipolitischen oder weltanschaulichen Farben trägt und im Rahmen des ihr Möglichen auch nichtprominenten Flüchtlingen und Verfolgten bis heute so offensteht wie sonst nirgends.

Dies hängt auch mit ihrer strikten Neutralität – dem «Marignano-Prinzip» – zusammen, welche die Schweiz überdies in die vorteilhafte Lage versetzt, international glaubwürdig die Rolle eines unabhängigen Vermittlers zu spielen, da sie nicht in das Konzert der Mächte verwickelt ist.

Bürgerlichkeit

Die Schweiz hat, und auch das ist ein bedeutender Vorteil, ihre dezidiert bürgerliche Prägung bewahrt. Besonders hat sie nicht die nivellierenden Katastrophen der beiden Weltkriege und keine Inflationen wie Deutschland durchmachen müssen. Der Franken läuft seit der Bundesstaatsgründung immer noch unverändert um, wenn gewiss auch im Wert gemindert. Auch heute noch kann sie wie zu Wilhelm Röpkes Zeiten als Vorbild für Mass, Mitte und Besonnenheit, für wirtschaftlichen Sinn, Sachlichkeit und Realitätsnähe dienen. Man kennt in der Schweiz überdies nicht nur ein Anwalts-, Seelsorger-, Arztgeheimnis, nicht nur ein Post- oder Fernmeldegeheimnis, sondern auch ein Bankkundengeheimnis, das die Achtung der Privatsphäre des Bürgers auch hinsichtlich seines Eigentums ausdrückt

und wofür Fiskalstaaten wie Deutschland oder Frankreich (und die OECD!) so wenig Verständnis zeigen. Selbst die Umgangsformen des Alltags zeigen einen Vorsprung vor dem gröberen Stil in Massenstaaten. Achtung vor dem Eigenen, dem Privaten, Bestehen auf dem «Recht, in Ruhe gelassen zu werden» – dies ist gewiss ein auszeichnendes Merkmal der bürgerlich-zivilisierten Schweiz.

Gefährdungen

Erpressbarkeit

Die grösste Gefährdung des Schweizer Kleinstaates ist dessen Rückseite: Kleinstaaten sind leichter erpressbar, leichter einem skrupellosen Massenstaat oder imperialen Grossgebilde ausgeliefert, wenn diese beschliessen, die Vorteile der Schweiz nicht auch als Gewinn für sich selber zu sehen.

Gegenwärtig gelingt es einer externen Grossmacht wie den USA, das Schweizer Bankkundengeheimnis – eine wichtige Basis der Achtung von Eigentum und Privatsphäre – durch erpresserische Manöver zu durchlöchern und um Ähnliches bemühen sich mit wachsendem Erfolg die Mächte der EU, die überschuldet sind und sich nun mit Erfolg auf fiskalische Raubzüge begeben. Sie lockt die Schweiz als Fluchtburg für bedrohtes Kapital. Sie wollen gar die Schweizer Banken als Aussenstelle ihrer Finanzbehörden betrachten, eine Art Finanzvogtei über sie anstreben (Stichwort: Informationsaustausch!). Deren notgedrungenes – auch notwendiges? – Zurückweichen schwächt die Rolle der Schweiz als Refugium für Erb und Eigen.

Ebenso ist der Druck von imperialer Seite enorm, die niedrigen Steuersätze der Schweiz mit denen der EU zu «harmonisieren», ein grenzenüberspannendes Finanzkartell zu errichten und aus dieser, wie man sagt, Steueroase eine Steuerwüste nach Art der Grossstaaten zu machen. Die Schweiz muss unter diesen Umständen daran interessiert sein, eine immer weitergehende Zentralisation der EU, vor allem auch deren Steuerhoheit, zu verhindern. Noch sind – bei aller Eigenmacht der EU-Kommission – die traditionell konkurrierenden Nationen Herren der europäischen Verträge.

Auch bleibt die Machtstellung ungebrochen, welche der Schweiz die Herrschaft über die Alpenpässe verleiht – eine geostrategische Waffe als ultissima ratio.

EU-Beitritt?

Könnte ein EU-Beitritt die beste Vorwärtsstrategie sein? Der Preis dürfte zu hoch sein, wenn die Schweizer darauf Wert legen, ihre welthistorische Besonderheit zu erhalten. Die eher marginale Mitsprache in Brüssel müsste mit dem Verlust der politischen Selbständigkeit erkaufte werden. Politische Selbstbestimmung ist gewiss wertvoller als blosser Mitbestimmung!

Wie sollte die Schweiz – namentlich auch im Falle eines schleichenden Beitritts (und auch das Gesuch eines Vollbeitritts durch den Bundesrat liegt ja immer noch in Brüssel vor) – die Besonderheiten ihres Staatsaufbaus bewahren: den echten, besonders auch fiskalischen Wettbewerbs-Föderalismus, die kommunale Autonomie, das ausgefeilte System politischer Teilhabe ihrer Bürger über Initiativen und Referenden? Über alles würde sich die «harmonisierende», nivellierende Wirkung zentralisierender Brüsseler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mitsamt der vorwärtstreibenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes stülpen. Was würde aus ihrer so (relativ) stabilen Währung, was aus dem freien Aussenhandelsregime, ihrem Interesse an weltweitem Freihandel? Was aus dem «Marignano-Prinzip», ihrer der Welt so nützlichen Neutralität?

Erosion von innen

Eine wachsende Gefährdung geht auch von ihrer inneren Entwicklung aus: von der «unbürgerlichen» Sozialisierung/Zentralisierung von Lebensrisiken im Wohlfahrtsstaat, von den sogenannten Sozialversicherungen bis hin zur Familienpolitik und einem interlokalen Finanzausgleich, der die Selbstverantwortlichkeit von Kantonen und Gemeinden unterminiert, wenn auch bisher nur in Massen. Damit verbunden ist die schon seit Jahrzehnten von liberalen Schweizern wie Hans Letsch oder Robert Nef beklagte Verlagerung von Macht und Mitteln von der Gemeinde zu den Kantonen und hoch zum Bund, entgegen dem Subsidiaritäts- und Wettbewerbsprinzip.

Fazit

Die Schweiz hat keinen Grund, ihren Ursprung als lockerer Staatenbund zu vergessen, der einmal zum Zweck geschlossen wurde, die Autonomie der beteiligten Städte und freien Bauerngenossenschaften zu erhalten. «Sie verbündeten sich miteinander, um voneinander verschieden zu bleiben», schrieb der Neuenburger Philosoph Denis de Rougemont, «der Grund ihrer Solidarität war nicht die kollektive Macht, sondern die Autonomie jedes Einzelnen.» Und Herbert Lüthy, der Basler Historiker, hat die Schweiz einmal als «Antithese» vorgestellt: eine Antithese zum Denken in Kollektiven, in Konzentration der Macht, Monokultur und Gleichschaltung.

Die Schweiz sollte diese «Antithese» bleiben, auch wenn dies mit dem Groll des bürokratisch-politischen Komplexes der EU und einiger EU-Mitgliedsregierungen und vielleicht sogar mit weniger rein ökonomisch definiertem Wachstum erkaufte ist.

Gerd Habermann ist ein gründlicher Kenner der Schweiz und tritt hier immer wieder als Redner auf. Bereits zweimal war der dezidierte Kritiker der EU-Zentralisierung Referent an der «Schweizerzeit»-Herbsttagung resp. der «Schweizerzeit»-Frühjahrsveranstaltung.

Dieser Beitrag erschien im Sammelband «Europa – Die Wiederentdeckung eines grossen Erbes», herausgegeben von Pierre Bessard.